

Bundesgesetzblatt ²⁰¹

Teil II

Z 1998 AX

1981

Ausgegeben zu Bonn am 26. Mai 1981

Nr. 13

Tag	Inhalt	Seite
21. 5. 81	Verordnung zu der Vereinbarung vom 11. Mai 1981 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Griechenland über die Erstattung der Familienbeihilfen	202
6. 5. 81	Bekanntmachung zu dem Patenzusammenarbeitsvertrag	204
11. 5. 81	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Republik Somalia über Finanzielle Zusammenarbeit	205
11. 5. 81	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar über Finanzielle Zusammenarbeit ..	206
12. 5. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über sichere Container	208
13. 5. 81	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Burundi über Finanzielle Zusammenarbeit	209
14. 5. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Internationalen Studienzentrale für die Erhaltung und Restaurierung von Kulturgut	210
14. 5. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See	210
14. 5. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Internationale Seefunksatelliten-Organisation (INMARSAT)	211
15. 5. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs	211
15. 5. 81	Bekanntmachung einer Vereinbarung zur Änderung der Anlage III des deutsch-schweizerischen Abkommens vom 5. Februar 1958 über den Grenz- und Durchgangsverkehr	211
15. 5. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zur Änderung der Übereinkunft zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels und des Übereinkommens zur Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen	216
15. 5. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zum Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR)	216
21. 5. 81	Bekanntmachung der deutsch-französisch-britisch-niederländischen Vereinbarung über die Gruppe für Luftfahrtforschung und -technologie in Europa (GARTEUR)	217

**Verordnung
zu der Vereinbarung vom 11. Mai 1981
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Griechenland
über die Erstattung der Familienbeihilfen**

Vom 21. Mai 1981

Auf Grund des Artikels 2 Nr. 8 des Gesetzes vom 17. Mai 1974 über die Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, und der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 (BGBl. 1974 I S. 1177) wird verordnet:

Artikel 1

Die in Athen am 11. Mai 1981 unterzeichnete Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Griechenland über die Erstattung der Familienbeihilfen wird hiermit in Kraft gesetzt. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 6 des Gesetzes vom 17. Mai 1974 über die Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, und der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 auch im Land Berlin.

Artikel 3

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem die Vereinbarung in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die Vereinbarung außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 21. Mai 1981

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Ehrenberg

Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Griechenland über die Erstattung der Familienbeihilfen

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Griechenland –

im Hinblick auf Artikel 48 der dem Vertrag der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften und der Republik Griechenland über den Beitritt der Republik Griechenland zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft beigefügten Akte,

im Hinblick auf Artikel 73 Absatz 2, Artikel 74 Absatz 2 und Artikel 75 Absatz 2 der Verordnung (EWG) 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der Sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern (im folgenden „Verordnung“),

im Hinblick auf Artikel 98, insbesondere seines Absatzes 5, und Artikel 102 Absätze 2, 4 und 5 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (im folgenden „Durchführungsverordnung“),

im Hinblick auf die von der Bundesanstalt für Arbeit zur Verfügung gestellten Angaben über die Zahl der Berechtigten und ihrer in Griechenland wohnenden Kinder, für die die Bundesanstalt im zweiten Halbjahr 1980 Familienbeihilfen auf Grund der damals geltenden Rechtsvorschriften gewährt hat –

haben nach Stellungnahme der Verwaltungskommission für die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Erstattung der nach Artikel 73 Absatz 2 und Artikel 74 Absatz 2 der Verordnung gewährten Familienbeihilfen erfolgt in Pauschbeträgen in entsprechender Anwendung des Artikels 98 Absätze 2 und 3 der Durchführungsverordnung mit folgenden Maßgaben:

1. Die Jahresdurchschnittskosten je Familie sind das 1,5fache der Jahresdurchschnittskosten je Kind. Die Jahresdurchschnittskosten je Kind ergeben sich aus dem für jedes Kalenderjahr rechnerisch ermittelten Gesamtbetrag

der Familienbeihilfen nach den jeweiligen griechischen Rechtsvorschriften für die im folgenden angenommene Zahl von Kindern, geteilt durch die Zahl dieser Kinder. Dabei soll von einer Gesamtzahl von 14 831 Kindern mit folgender Aufgliederung ausgegangen werden:

- a) Anspruch auf Familienbeihilfen nach den griechischen Rechtsvorschriften für Arbeitnehmer (OAED) besteht für 9 014 erste, 4 709 zweite sowie 1 108 dritte und weitere Kinder.
 - b) Anspruch auf Familienbeihilfen nach den griechischen Rechtsvorschriften zum Schutz von Großfamilien (OGA) besteht für 903 dritte, 154 vierte sowie 51 fünfte und weitere Kinder; bei der Ermittlung des rechnerischen Gesamtbetrages der Familienbeihilfen für diese Kinder sollen auch für die vor dem 1. Januar 1972 geborenen Kinder die Familienbeihilfen zugrunde gelegt werden, die für nach diesem Zeitpunkt geborene Kinder gewährt werden.
2. Die Jahresdurchschnittszahl der Arbeitnehmer und gegebenenfalls der Arbeitslosen im Sinne des Artikels 98 Absatz 3 Buchstabe b der Durchführungsverordnung ist gleich der durch 12 geteilten Summe der Kalendermonate, in denen für die Arbeitnehmer die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland an wenigstens einem Kalendertag gegolten oder während denen die Arbeitslosen Leistungen bei Arbeitslosigkeit zu Lasten der Bundesanstalt für Arbeit an wenigstens einem Kalendertag bezogen haben und für die das Amt für Beschäftigung der Arbeitskräfte (OAED) Leistungen gewährt hat.

Artikel 2

Die Bundesanstalt für Arbeit wird auf die zu leistenden Erstattungen alle vier Monate (das heißt am 1. Januar, 1. Mai und 1. September jedes Kalenderjahres), erstmals am 1. Mai 1981, Vorschüsse in Höhe von 80 vom Hundert der erstattungsfähigen Familienbeihilfen leisten, die griechische Träger für die vergangenen vier Monate voraussichtlich auszahlen werden.

Artikel 3

Der Pauschbetrag wird zur Berücksichtigung von Verwaltungskosten um drei vom Hundert erhöht. Diese Erhöhung ist bei der Berechnung der Vorschüsse zu berücksichtigen.

Artikel 4

(1) Die Bundesanstalt für Arbeit und das Amt für Beschäftigung der Arbeitskräfte (OAED) sowie das Nationale Versicherungssystem für die Landwirtschaft (OGA) leisten bei der Durchführung dieser Vereinbarung einander Amtshilfe.

(2) Die Verbindungsstellen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Griechenland können die zur Durchführung dieser Vereinbarung erforderlichen Vordrucke vereinbaren.

Artikel 5

Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegen-

über der Regierung der Republik Griechenland innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 6

Diese Vereinbarung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1981 einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem beide Regierungen einander mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Die Vereinbarung gilt für die Dauer eines Jahres und verlängert sich jeweils um ein weiteres Kalenderjahr, sofern sie nicht von einer Vertragspartei spätestens drei Monate vor Ablauf der Jahresfrist schriftlich gekündigt wird.

Geschehen zu Athen am 11. Mai 1981 in zwei Urschriften, jede in deutscher und griechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Sigrist

Für die Regierung der Republik Griechenland
Laskaris

Bekanntmachung zu dem Patentrechtsabkommen

Vom 6. Mai 1981

Frankreich hat – unter Bezugnahme auf die bei Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde zu dem Vertrag vom 19. Juni 1970 über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (Patentrechtsabkommen, BGBl. 1976 II S. 649, 664) abgegebenen Erklärungen – dem Generaldirektor der Weltorganisation für geistiges Eigentum am 12. März 1981 notifiziert, daß es die Erklärung (Vorbehalt) bezüglich des Kapitels II gemäß Artikel 64 Abs. 6 Buchstabe b des Vertrages zurücknimmt. Die Rücknahme dieses Vorbehalts wird am 12. Juni 1981 wirksam.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 9. Februar 1978 (BGBl. II S. 254) und vom 5. März 1981 (BGBl. II S. 142).

Bonn, den 6. Mai 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Demokratischen Republik Somalia
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 11. Mai 1981

In Mogadischu ist am 26. März 1981 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Republik Somalia über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 26. März 1981

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 11. Mai 1981

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Moltrecht

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Demokratischen Republik Somalia
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Demokratischen Republik Somalia –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Republik Somalia,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Demokratischen Republik Somalia beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Demokratischen Republik Somalia, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für die Stromversorgung der Trinkwasserversorgungsanlagen in den

4 Südstädten Jowhar, Afgooye, Balcad und Marka einen Finanzierungsbeitrag bis zu 2 300 000,- DM (in Worten: zwei Millionen dreihunderttausend Deutsche Mark) zu erhalten.

Artikel 2

Die Verwendung des Finanzierungsbeitrages sowie die Bedingungen, zu denen er gewährt wird, bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Regierung der Demokratischen Republik Somalia zu schließende Finanzierungsvertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Demokratischen Republik Somalia stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Finanzierungsvertrages in der Demokratischen Republik Somalia erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Demokratischen Republik Somalia überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrages ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die

freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für die Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Demokratischen Republik Somalia innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Mogadischu am 26. März 1981 in zwei Urschriften, jede in deutscher, englischer und somalischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des somalischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
C. Metternich

Für die Regierung der Demokratischen Republik Somalia
Hashi Abdulle Farah

Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 11. Mai 1981

In Antananarivo ist am 27. März 1981 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 27. März 1981

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 11. Mai 1981

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Moltrecht

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Republik Madagaskar,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Madagaskar beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bezieht sich auf die Verbalnote No 05562 des Außenministeriums der Demokratischen Republik Madagaskar vom 14. April 1978 und ermöglicht es der Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zur Finanzierung der Devisenkosten für den Bezug von Waren und Leistungen zur Deckung des laufenden notwendigen zivilen Bedarfs und der im Zusammenhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Devisen- und Inlandskosten für Transport, Versicherung und Montage, ein Darlehen bis zu 2 845 000 DM (in Worten: zwei Millionen achthundertfünfundvierzigtausend Deutsche Mark) aufzunehmen. Es muß sich hierbei um Lieferungen und Leistungen gemäß der diesem Abkommen als Anlage beigefügten Liste handeln, für die die Liefer- beziehungsweise Leistungsverträge nach dem 1. Januar 1981 abgeschlossen worden sind.

Artikel 2

Die Verwendung des Darlehens sowie die Bedingungen, zu denen es gewährt wird, bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Regierung der Demokratischen

Republik Madagaskar zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Die Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Demokratischen Republik Madagaskar erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar überläßt bei den sich aus der Gewährung des Darlehens ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für die Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des Darlehens ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Antananarivo, am 27. März 1981 in zwei
Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei
jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Peter Scholz

Für die Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar
C. R. Richard

Anlage
zum Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar
über Finanzielle Zusammenarbeit

- 1) Liste der Waren und Leistungen, die gemäß Artikel 1 des Regierungsabkommens vom 27. März 1981 aus dem Darlehen finanziert werden können:
 - a) Industrielle Roh- und Hilfsstoffe sowie Halbfabrikate,
 - b) industrielle Ausrüstungen, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte sowie Baumaschinen,
 - c) Ersatz- und Zubehörteile aller Art,
 - d) Erzeugnisse der chemischen Industrie, insbesondere Düngemittel, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel, Arzneimittel,
 - e) sonstige gewerbliche Erzeugnisse, die für die Entwicklung von Madagaskar von Bedeutung sind.
- 2) Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür vorliegt.
- 3) Die Einfuhr von Luxusgütern und von Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung aus dem Darlehen ausgeschlossen.

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens
über sichere Container

Vom 12. Mai 1981

Das Internationale Übereinkommen vom 2. Dezember 1972 über sichere Container (CSC) – BGBl. 1977 II S. 41 – wird nach seinem Artikel VIII Abs. 2 für

Guinea am 19. Januar 1982

Kanada am 19. Februar 1982

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 10. Februar 1981 (BGBl. II S. 95).

Bonn, den 12. Mai 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Burundi
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 13. Mai 1981

In Bujumbura ist am 11. März 1981 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Burundi über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 11. März 1981

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 13. Mai 1981

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Moltrecht

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Burundi
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Burundi –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Burundi,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Burundi beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Burundi, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben „Brückenprogramm“ neben dem bereits mit Abkommen vom 27. November 1979 bereitgestellten Betrag in Höhe von

3,0 Millionen DM (in Worten: drei Millionen Deutsche Mark) einen weiteren Finanzierungsbeitrag bis zu 4 Millionen DM (in Worten: vier Millionen Deutsche Mark) zu erhalten.

Artikel 2

Die Verwendung des Finanzierungsbeitrags sowie die Bedingungen, zu denen er gewährt wird, bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Regierung der Republik Burundi zu schließende Finanzierungsvertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Burundi stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Finanzierungsvertrags in der Republik Burundi erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Burundi überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Betei-

ligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für die Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderliche Genehmigung.

Artikel 5

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus dem Finanzierungsbeitrag finanziert werden, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des

Finanzierungsbeitrags ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Burundi innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenseitige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Bujumbura am 11. März 1981 in zwei Ur-schriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Klaus Höfel

Für die Regierung der Republik Burundi
L. Barutwanayo

Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Internationalen Studienzentrale für die Erhaltung und Restaurierung von Kulturgut

Vom 14. Mai 1981

Die Satzung der Internationalen Studienzentrale für die Erhaltung und Restaurierung von Kulturgut in der Neufassung vom 17. April 1969 (BGBl. 1970 II S. 459) ist nach ihrem Artikel 2 für

Chile am 3. Februar 1981
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 3. Dezember 1980 (BGBl. II S. 1494).

Bonn, den 14. Mai 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See

Vom 14. Mai 1981

Das Übereinkommen vom 20. Oktober 1972 über die Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See (BGBl. 1976 II S. 1017) ist nach seinem Artikel IV Abs. 3 für

Guinea	am	19. Januar 1981
Malaysia	am	23. Dezember 1980
Malediven	am	14. Januar 1981

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 13. Januar 1981 (BGBl. II S. 20).

Bonn, den 14. Mai 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Internationale
Seefunksatelliten-Organisation (INMARSAT)**

Vom 14. Mai 1981

Das Übereinkommen vom 3. September 1976 über die Internationale Seefunksatelliten-Organisation (INMARSAT) – BGBl. 1979 II S. 1081 – ist nach seinem Artikel 33 Abs. 3, die dazugehörige Betriebsvereinbarung vom 3. September 1976 (BGBl. 1979 II S. 1081, 1112) nach ihrem Artikel XVII für

Chile am 26. Februar 1981
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. März 1981 (BGBl. II S. 143).

Bonn, den 14. Mai 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Erleichterung
des Internationalen Seeverkehrs**

Vom 15. Mai 1981

Das Übereinkommen vom 9. April 1965 zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs (BGBl. 1967 II S. 2434; 1971 II S. 1377; 1978 II S. 1445) ist nach seinem Artikel XI für

Guinea am 20. März 1981
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 10. Dezember 1980 (BGBl. II S. 1530).

Bonn, den 15. Mai 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
einer Vereinbarung zur Änderung der Anlage III
des deutsch-schweizerischen Abkommens vom 5. Februar 1958
über den Grenz- und Durchgangsverkehr**

Vom 15. Mai 1981

Der Bundesminister der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland und die Eidgenössische Oberzolldirektion haben am 15. April 1981 die Änderung der Anlage III des deutsch-schweizerischen Abkommens vom 5. Februar 1958 über den Grenz- und Durchgangsverkehr (BGBl. 1960 II S. 2161) auf Grund seines Artikels 16 Abs. 3 vereinbart. Die Vereinbarung tritt nach ihrem Artikel 2

am 1. Juni 1981

in Kraft; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 15. Mai 1981

Der Bundesminister der Finanzen
In Vertretung
Obert

**Vereinbarung
zur Änderung der Anlage III
des deutsch-schweizerischen Abkommens vom 5. Februar 1958
über den Grenz- und Durchgangsverkehr**

Der Bundesminister der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland

und

die Eidgenössische Oberzolldirektion

haben auf Grund von Artikel 16 Absatz 3 des deutsch-schweizerischen Abkommens vom 5. Februar 1958 über den Grenz- und Durchgangsverkehr folgendes vereinbart:

Artikel 1

Das Verzeichnis der Durchgangsstrecken (Anlage III zu Artikel 16 Absatz 2 des Abkommens) wird geändert und erhält folgende Fassung:

Verzeichnis der Durchgangsstrecken

I. Deutschland – Schweiz – Deutschland

1. Straßenverkehr

- | | |
|--|--|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. Basel-Bad. Bhf. – Basel-Bad. Bahn – Basel-Hiltalinger Str. – Weil am Rhein-Friedlingen 2. Basel-Bad. Bhf. – Basel-Bad. Bahn – Basel/Weil am Rhein-Autobahn – Weil am Rhein-Autobahn 3. Basel-Bad. Bhf. – Basel-Bad. Bahn – Basel-Freiburger Str. – Weil am Rhein-Otterbach 4. Basel-Bad. Bhf. – Basel-Bad. Bahn – Riehen-Weilstr. – Weil am Rhein-Ost 5. Basel-Bad. Bhf. – Basel-Bad. Bahn – Riehen – Lörrach-Stetten 6. Basel-Bad. Bhf. – Basel-Bad. Bahn – Riehen-Inzlinger Str. – Inzlingen 7. Basel-Bad. Bhf. – Basel-Bad. Bahn – Riehen-Grenzacher Str. – Grenzacherhorn 8. Basel-Bad. Bhf. – Basel-Bad. Bahn – Rheinfelden (Schweiz) – Rheinfelden (Baden) 9. Basel-Bad. Bhf. – Basel-Bad. Bahn – Stein/Bad Säckingen – Bad Säckingen 10. Basel-Bad. Bhf. – Basel-Bad. Bahn – Stein AG Holzbrücke – Bad Säckingen-Alte Rheinbrücke 11. Basel-Bad. Bhf. – Basel-Bad. Bahn – Laufenburg (Schweiz) – Laufenburg (Baden) 12. Basel-Bad. Bhf. – Basel-Bad. Bahn – Koblenz – Waldshut-Rheinbrücke 13. Weil am Rhein-Friedlingen – Basel-Hiltalinger Str. – Riehen-Grenzacher Str. – Grenzacherhorn 14. Weil am Rhein-Autobahn – Basel/Weil am Rhein-Autobahn – Riehen-Grenzacher Str. – Grenzacherhorn 15. Weil am Rhein-Autobahn – Basel/Weil am Rhein-Autobahn – Rheinfelden (Schweiz) – Rheinfelden (Baden) 16. Weil am Rhein-Autobahn – Basel/Weil am Rhein-Autobahn – Stein/Bad Säckingen – Bad Säckingen | <ol style="list-style-type: none"> 17. Weil am Rhein-Autobahn – Basel/Weil am Rhein-Autobahn – Stein AG Holzbrücke – Bad Säckingen-Alte Rheinbrücke 18. Weil am Rhein-Autobahn – Basel/Weil am Rhein-Autobahn – Laufenburg (Schweiz) – Laufenburg (Baden) 19. Weil am Rhein-Autobahn – Basel/Weil am Rhein-Autobahn – Koblenz – Waldshut-Rheinbrücke 20. Weil am Rhein-Otterbach – Basel-Freiburger Str. – Riehen-Grenzacher Str. – Grenzacherhorn 21. Weil am Rhein-Otterbach – Basel-Freiburger Str. – Rheinfelden (Schweiz) – Rheinfelden (Baden) 22. Weil am Rhein-Otterbach – Basel-Freiburger Str. – Stein/Bad Säckingen – Bad Säckingen 23. Weil am Rhein-Otterbach – Basel-Freiburger Str. – Stein AG Holzbrücke – Bad Säckingen-Alte Rheinbrücke 24. Weil am Rhein-Otterbach – Basel-Freiburger Str. – Laufenburg (Schweiz) – Laufenburg (Baden) 25. Weil am Rhein-Otterbach – Basel-Freiburger Str. – Koblenz – Waldshut-Rheinbrücke 26. Weil am Rhein-Ost – Riehen-Weilstr. – linkes Wiesenufer – Lörrach-Wiesenuferweg (nur Personenverkehr) 27. Weil am Rhein-Ost – Riehen-Weilstr. – Riehen – Lörrach-Stetten 28. Weil am Rhein-Ost – Riehen-Weilstr. – Riehen-Inzlinger Str. – Inzlingen 29. Weil am Rhein-Ost – Riehen-Weilstr. – Riehen-Grenzacher Str. – Grenzacherhorn 30. Lörrach-Stetten – Riehen – Riehen-Inzlinger Str. – Inzlingen 31. Lörrach-Stetten – Riehen – Riehen-Grenzacher Str. – Grenzacherhorn 32. Inzlingen – Riehen-Inzlinger Str. – Riehen-Grenzacher Str. – Grenzacherhorn 33. Waldshut-Rheinbrücke – Koblenz – Zurzach – Rheineheim 34. Waldshut-Rheinbrücke – Koblenz – Kaiserstuhl – Röteln 35. Waldshut-Rheinbrücke – Koblenz – Rafz-Solgen/-Grenze – Lottstetten/-Dorf 36. Günzgen – Wasterkingen – Wil-Grenze – Bühl 37. Günzgen – Wasterkingen – Rafz-Schlauchenberg – Balterswil 38. Günzgen – Wasterkingen – Rafz-Solgen/-Grenze – Lottstetten/-Dorf 39. Bühl – Wil-Grenze – Rafz-Solgen/-Grenze – Lottstetten/-Dorf 40. Balterswil – Rafz-Schlauchenberg – Rafz-Solgen/-Grenze – Lottstetten/-Dorf 41. Altenburg-Nohl – Nohl – Schleithem – Stühlingen |
|--|--|

42. Altenburg-Nohl – Nohl – Barga – Neuhaus
43. Altenburg-Nohl – Nohl – Merishausen – Wiechs-Schlauch
44. Altenburg-Nohl – Nohl – Hofen – Büßlingen
45. Altenburg-Nohl – Nohl – Thayngen-Schlatt – Schlatt am Randen
46. Altenburg-Nohl – Nohl – Thayngen – Bietingen
47. Altenburg-Nohl – Nohl – Neudörflingen – Randegg
48. Altenburg-Nohl – Nohl – Dörflingen-Laag – Gailingen-West
49. Altenburg-Nohl – Nohl – Diessenhofen – Gailingen-Brücke
50. Altenburg-Nohl – Nohl – Ramsen – Rielasingen
51. Altenburg-Nohl – Nohl – Stein a. Rhein-Grenze – Öhningen
52. Altenburg-Nohl – Nohl – Tägerwilen/Kreuzlingen – Konstanz
53. Jestetten-Hardt – Neuhausen am Rheinfall – Trasadingen – Erzingen
54. Jestetten-Hardt – Neuhausen am Rheinfall – Schleithheim – Stühlingen
55. Jestetten-Hardt – Neuhausen am Rheinfall – Barga – Neuhaus
56. Jestetten-Hardt – Neuhausen am Rheinfall – Merishausen – Wiechs-Schlauch
57. Jestetten-Hardt – Neuhausen am Rheinfall – Hofen – Büßlingen
58. Jestetten-Hardt – Neuhausen am Rheinfall – Thayngen-Schlatt – Schlatt am Randen
59. Jestetten-Hardt – Neuhausen am Rheinfall – Thayngen – Bietingen
60. Jestetten-Hardt – Neuhausen am Rheinfall – Neudörflingen – Randegg
61. Jestetten-Hardt – Neuhausen am Rheinfall – Dörflingen-Laag – Gailingen-West
62. Jestetten-Hardt – Neuhausen am Rheinfall – Diessenhofen – Gailingen-Brücke
63. Jestetten-Hardt – Neuhausen am Rheinfall – Ramsen – Rielasingen
64. Jestetten-Hardt – Neuhausen am Rheinfall – Stein a. Rhein-Grenze – Öhningen
65. Jestetten-Hardt – Neuhausen am Rheinfall – Tägerwilen/Kreuzlingen – Konstanz
66. Jestetten-Wangental – Osterfingen – Trasadingen – Erzingen
67. Jestetten-Wangental – Osterfingen – Wunderklingen – Eggingen
68. Jestetten-Wangental – Osterfingen – Schleithheim – Stühlingen
69. Erzingen – Trasadingen – Schleithheim – Stühlingen
70. Erzingen – Trasadingen – Barga – Neuhaus
71. Erzingen – Trasadingen – Hofen – Büßlingen
72. Erzingen – Trasadingen – Thayngen-Schlatt – Schlatt am Randen
73. Erzingen – Trasadingen – Thayngen – Bietingen
74. Erzingen – Trasadingen – Neudörflingen – Randegg
75. Erzingen – Trasadingen – Dörflingen-Laag – Gailingen-West
76. Erzingen – Trasadingen – Diessenhofen – Gailingen-Brücke
77. Erzingen – Trasadingen – Ramsen – Rielasingen
78. Erzingen – Trasadingen – Stein a. Rhein-Grenze – Öhningen
79. Erzingen – Trasadingen – Tägerwilen/Kreuzlingen – Konstanz
80. Eggingen – Wunderklingen – Thayngen – Bietingen
81. Stühlingen – Schleithheim – Hofen – Büßlingen
82. Stühlingen – Schleithheim – Thayngen-Schlatt – Schlatt am Randen
83. Stühlingen – Schleithheim – Thayngen – Bietingen
84. Stühlingen – Schleithheim – Neudörflingen – Randegg
85. Stühlingen – Schleithheim – Dörflingen-Laag – Gailingen-West
86. Stühlingen – Schleithheim – Diessenhofen – Gailingen-Brücke
87. Stühlingen – Schleithheim – Ramsen – Rielasingen
88. Stühlingen – Schleithheim – Stein a. Rhein-Grenze – Öhningen
89. Stühlingen – Schleithheim – Tägerwilen/Kreuzlingen – Konstanz
90. Neuhaus – Barga – Merishausen – Wiechs-Schlauch
91. Neuhaus – Barga – Thayngen – Bietingen
92. Neuhaus – Barga – Diessenhofen – Gailingen-Brücke
93. Neuhaus – Barga – Stein a. Rhein-Grenze – Öhningen
94. Neuhaus – Barga – Tägerwilen/Kreuzlingen – Konstanz
95. Wiechs-Dorf – Altdorf – Hofen – Büßlingen
96. Wiechs-Dorf – Altdorf – Thayngen-Ebringer Str. – Ebringen
97. Wiechs-Dorf – Altdorf – Thayngen – Bietingen
98. Wiechs-Dorf – Altdorf – Dörflingen-Laag – Gailingen-West
99. Büßlingen – Hofen – Thayngen – Bietingen
100. Büßlingen – Hofen – Dörflingen-Laag – Gailingen-West
101. Schlatt am Randen – Thayngen-Schlatt – Thayngen-Ebringer Str. – Ebringen
102. Schlatt am Randen – Thayngen-Schlatt – Thayngen – Bietingen
103. Bietingen – Thayngen – Dörflingen-Laag – Gailingen-West
104. Gailingen-Brücke – Diessenhofen – Ramsen – Rielasingen
105. Gailingen-Brücke – Diessenhofen – Stein a. Rhein-Grenze – Öhningen
106. Gailingen-Brücke – Diessenhofen – Tägerwilen/Kreuzlingen – Konstanz
107. Gailingen-Ost – Ramsen-Dorf – Buch-Grenze – Gottmadingen
108. Gailingen-Ost – Ramsen-Dorf – Ramsen – Rielasingen
109. Gailingen-Ost – Ramsen-Dorf – Stein a. Rhein-Grenze – Öhningen
110. Murbach – Buch-Dorf – Ramsen – Rielasingen
111. Murbach – Buch-Dorf – Stein a. Rhein-Grenze – Öhningen
112. Gottmadingen – Buch-Grenze – Stein a. Rhein-Grenze – Öhningen

113. Rielasingen – Ramsen – Stein a. Rhein-Grenze – Öhningen
 114. Öhningen – Stein a. Rhein-Grenze – Tägerwilen/Kreuzlingen – Konstanz

2. Bahnverkehr

115. Waldshut-Bhf. – Waldshut – Rafz-Bhf. – Lottstetten-Bhf./Jestetten-Bhf./Altenburg-Rheinau-Bhf.
 116. Waldshut-Bhf./Erzingen-Bhf. – Erzingen-Bhf./Schaffhausen-Bhf. – Neuhausen-SBB – Altenburg-Rheinau-Bhf./Jestetten-Bhf./Lottstetten-Bhf.
 117. Waldshut-Bhf./Erzingen-Bhf. – Erzingen-Bhf./Schaffhausen-Bhf. – Schaffhausen-Bhf./Thayngen-Bhf. – Thayngen-Bhf./Singen-Bhf.
 118. Waldshut-Bhf./Erzingen-Bhf. – Erzingen-Bhf./Schaffhausen-Bhf. – Konstanz – Konstanz
 119. Lottstetten-Bhf./Jestetten-Bhf./Altenburg-Rheinau-Bhf. – Neuhausen-SBB – Schaffhausen-Bhf./Thayngen-Bhf. – Thayngen-Bhf./Singen-Bhf.
 120. Lottstetten-Bhf./Jestetten-Bhf./Altenburg-Rheinau-Bhf. – Neuhausen-SBB – Konstanz – Konstanz

3. Gemischter Verkehr

121. Waldshut-Bhf. – Waldshut – Zurzach – Rheinheim
 122. Waldshut-Bhf. – Waldshut – Kaiserstuhl – Rötteln
 123. Waldshut-Bhf. – Waldshut – Wasterkingen – Günzgen
 124. Waldshut-Bhf./Erzingen-Bhf. – Erzingen-Bhf./Schaffhausen-Bhf. – Barga – Neuhaus
 125. Waldshut-Bhf./Erzingen-Bhf. – Erzingen-Bhf./Schaffhausen-Bhf. – Merishausen – Wiechs-Schlauch
 126. Waldshut-Bhf./Erzingen-Bhf. – Erzingen-Bhf./Schaffhausen-Bhf. – Hofen – Büßlingen
 127. Waldshut-Bhf./Erzingen-Bhf. – Erzingen-Bhf./Schaffhausen-Bhf. – Thayngen-Schlatt – Schlatt am Randen
 128. Waldshut-Bhf./Erzingen-Bhf. – Erzingen-Bhf./Schaffhausen-Bhf. – Diessenhofen – Gailingen-Brücke
 129. Waldshut-Bhf./Erzingen-Bhf. – Erzingen-Bhf./Schaffhausen-Bhf. – Stein a. Rhein-Grenze – Öhningen
 130. Waldshut-Bhf./Erzingen-Bhf. – Erzingen-Bhf./Schaffhausen-Bhf. – Kreuzlingen – Konstanz
 131. Waldshut-Rheinbrücke – Koblenz – Rafz-Bhf. – Lottstetten-Bhf./Jestetten-Bhf./Altenburg-Rheinau-Bhf.
 132. Rheinheim – Zurzach – Rafz-Bhf. – Lottstetten-Bhf./Jestetten-Bhf./Altenburg-Rheinau-Bhf.
 133. Rötteln – Kaiserstuhl – Rafz-Bhf. – Lottstetten-Bhf./Jestetten-Bhf./Altenburg-Rheinau-Bhf.
 134. Günzgen – Wasterkingen – Rafz-Bhf. – Lottstetten-Bhf./Jestetten-Bhf./Altenburg-Rheinau-Bhf.
 135. Lottstetten-Bhf./Jestetten-Bhf./Altenburg-Rheinau-Bhf. – Neuhausen-SBB – Schleithem – Stühlingen
 136. Lottstetten-Bhf./Jestetten-Bhf./Altenburg-Rheinau-Bhf. – Neuhausen-SBB – Barga – Neuhaus
 137. Lottstetten-Bhf./Jestetten-Bhf./Altenburg-Rheinau-Bhf. – Neuhausen-SBB – Merishausen – Wiechs-Schlauch
 138. Lottstetten-Bhf./Jestetten-Bhf./Altenburg-Rheinau-Bhf. – Neuhausen-SBB – Hofen – Büßlingen
 139. Lottstetten-Bhf./Jestetten-Bhf./Altenburg-Rheinau-Bhf. – Neuhausen-SBB – Thayngen-Schlatt – Schlatt am Randen

140. Lottstetten-Bhf./Jestetten-Bhf./Altenburg-Rheinau-Bhf. – Neuhausen-SBB – Diessenhofen – Gailingen-Brücke
 141. Lottstetten-Bhf./Jestetten-Bhf./Altenburg-Rheinau-Bhf. – Neuhausen-SBB – Ramsen – Rielasingen
 142. Lottstetten-Bhf./Jestetten-Bhf./Altenburg-Rheinau-Bhf. – Neuhausen-SBB – Stein a. Rhein-Grenze – Öhningen
 143. Lottstetten-Bhf./Jestetten-Bhf./Altenburg-Rheinau-Bhf. – Neuhausen-SBB – Steckborn – Wangen
 144. Lottstetten-Bhf./Jestetten-Bhf./Altenburg-Rheinau-Bhf. – Neuhausen-SBB – Steckborn – Gaienhofen
 145. Lottstetten-Bhf./Jestetten-Bhf./Altenburg-Rheinau-Bhf. – Neuhausen-SBB – Ermatingen – Reichenau
 146. Lottstetten-Bhf./Jestetten-Bhf./Altenburg-Rheinau-Bhf. – Neuhausen-SBB – Kreuzlingen – Konstanz
 147. Stühlingen – Schleithem – Schaffhausen-Bhf./Thayngen-Bhf. – Thayngen-Bhf./Singen-Pbf.
 148. Stühlingen – Schleithem – Konstanz – Konstanz (linksrheinisch)
 149. Neuhaus – Barga Schaffhausen-Bhf./Thayngen-Bhf. – Thayngen-Bhf./Singen-Pbf.
 150. Wiechs-Schlauch – Merishausen – Schaffhausen-Bhf./Thayngen-Bhf. – Thayngen-Bhf./Singen-Pbf.
 151. Büßlingen – Hofen – Thayngen-Bhf. – Thayngen-Bhf.
 152. Schlatt am Randen – Thayngen-Schlatt – Thayngen-Bhf. – Thayngen-Bhf.
 153. Gailingen-Brücke – Diessenhofen – Steckborn – Wangen
 154. Gailingen-Brücke – Diessenhofen – Steckborn – Gaienhofen
 155. Gailingen-Brücke – Diessenhofen – Ermatingen – Reichenau
 156. Gailingen-Brücke – Diessenhofen – Konstanz – Konstanz
 157. Öhningen – Stein a. Rhein-Grenze – Konstanz – Konstanz
 158. Wangen – Steckborn – Tägerwilen/Kreuzlingen/Konstanz – Konstanz
 159. Gaienhofen – Steckborn – Tägerwilen/Kreuzlingen/Konstanz – Konstanz
 160. Reichenau – Ermatingen – Tägerwilen/Kreuzlingen/Konstanz – Konstanz

II. Schweiz – Deutschland – Schweiz

1. Straßenverkehr

1. Riehen-Grenzacher Str. – Grenzacherhorn – Rheinfeld (Baden) – Rheinfeld (Schweiz)
 2. Riehen-Grenzacher Str. – Grenzacherhorn – Bad Säkingen – Stein/Bad Säkingen
 3. Riehen-Grenzacher Str. – Grenzacherhorn – Bad Säkingen-Alte Rheinbrücke – Stein AG Holzbrücke
 4. Riehen-Grenzacher Str. – Grenzacherhorn – Laufenburg (Baden) – Laufenburg (Schweiz)
 5. Riehen-Grenzacher Str. – Grenzacherhorn – Waldshut-Rheinbrücke – Koblenz
 6. Riehen-Grenzacher Str. – Grenzacherhorn – Günzgen – Wasterkingen
 7. Riehen-Grenzacher Str. – Grenzacherhorn – Erzingen – Trasadingen

8. Koblenz – Waldshut-Rheinbrücke – Günzgen – Wasterkingen
 9. Koblenz – Waldshut-Rheinbrücke – Erzingen – Trasadingen
 10. Koblenz – Waldshut-Rheinbrücke – Eggingen – Wunderkingen
 11. Koblenz – Waldshut-Rheinbrücke – Stühlingen – Schleitheim
 12. Zurzach – Rheinheim – Günzgen – Wasterkingen
 13. Zurzach – Rheinheim – Erzingen – Trasadingen
 14. Zurzach – Rheinheim – Stühlingen – Schleitheim
 15. Kaiserstuhl – Rötteln – Günzgen – Wasterkingen
 16. Kaiserstuhl – Rötteln – Erzingen – Trasadingen
 17. Wil-Grenze – Bühl – Erzingen – Trasadingen
 18. Rafz-Schlauchenberg – Baltersweil – Jestetten-Wangental – Osterfingen
 19. Rafz-Solgen/-Grenze – Lottstetten/-Dorf – Altenburg-Rheinbrücke – Rheinau
 20. Rafz-Solgen/-Grenze – Lottstetten/-Dorf – Altenburg-Nohl – Nohl
 21. Rafz-Solgen/-Grenze – Lottstetten/-Dorf – Jestetten-Hardt – Neuhausen am Rheinflall
 22. Rafz-Solgen/-Grenze – Lottstetten/-Dorf – Jestetten-Wangental – Osterfingen
 23. Rheinau – Altenburg-Rheinbrücke – Altenburg-Nohl – Nohl
 24. Rheinau – Altenburg-Rheinbrücke – Jestetten-Hardt – Neuhausen am Rheinflall
 25. Rheinau – Altenburg-Rheinbrücke – Jestetten-Wangental – Osterfingen
 26. Neuhausen am Rheinflall – Jestetten-Hardt – Jestetten-Wangental – Osterfingen
 27. Merishausen – Wiechs-Schlauch – Wiechs-Dorf – Altdorf
 28. Thayngen – Bietingen – Gailingen-Brücke – Diessenhofen
 29. Thayngen – Bietingen – Murbach – Buch-Dorf
 30. Thayngen – Bietingen – Gottmadingen – Buch-Grenze
 31. Thayngen – Bietingen – Konstanz – Tägerwilen/Kreuzlingen
 32. Neudörflingen – Randegg – Murbach – Buch-Dorf
 33. Dörflingen-Laag – Gailingen-West – Gailingen-Brücke – Diessenhofen
 34. Dörflingen-Laag – Gailingen-West – Gailingen-Ost – Ramsen-Dorf
 35. Dörflingen-Laag – Gailingen-West – Murbach – Buch-Dorf
 36. Diessenhofen – Gailingen-Brücke – Gailingen-Ost – Ramsen-Dorf
 37. Diessenhofen – Gailingen-Brücke – Murbach – Buch-Dorf
 38. Ramsen – Rielasingen – Bietingen – Thayngen
 39. Ramsen – Rielasingen – Konstanz – Kreuzlingen/Tägerwilen
- 2. Bahnverkehr**
40. Basel-Bad. Bahn – Basel-Bad. Bhf. – Waldshut-Bhf. – Waldshut
 41. Basel-Bad. Bahn – Basel-Bad. Bhf. – Waldshut-Bhf./Erzingen-Bhf. – Erzingen-Bhf./Schaffhausen-Bhf.
 42. Waldshut – Waldshut-Bhf. – Waldshut-Bhf./Erzingen-Bhf. – Erzingen-Bhf./Schaffhausen-Bhf.
 43. Schaffhausen-Bhf./Thayngen-Bhf. – Thayngen-Bhf./Singen-Bhf. – Konstanz – Konstanz
- 3. Gemischter Verkehr**
44. Basel-Bad. Bahn – Basel-Bad. Bhf. – Rheinfeldern (Baden) – Rheinfeldern (Schweiz)
 45. Basel-Bad. Bahn – Basel-Bad. Bhf. – Bad Säckingen – Stein/Bad Säckingen
 46. Basel-Bad. Bahn – Basel-Bad. Bhf. – Bad Säckingen-Alte Rheinbrücke – Stein AG Holzbrücke
 47. Basel-Bad. Bahn – Basel-Bad. Bhf. – Laufenburg (Baden) – Laufenburg (Schweiz)
 48. Basel-Bad. Bahn – Basel-Bad. Bhf. – Waldshut-Rheinbrücke – Koblenz
 49. Koblenz – Waldshut-Rheinbrücke – Waldshut-Bhf./Erzingen-Bhf. – Erzingen-Bhf./Schaffhausen-Bhf.
 50. Waldshut – Waldshut-Bhf. – Stühlingen – Schleitheim
 51. Rafz-Bhf. – Lottstetten-Bhf./Jestetten-Bhf./Altenburg-Rheinau-Bhf. – Altenburg-Rheinbrücke – Rheinau
 52. Rheinau – Altenburg-Rheinbrücke – Altenburg-Rheinau-Bhf. – Neuhausen-SBB
 53. Trasadingen – Erzingen – Erzingen-Bhf. – Erzingen-Bhf.
 54. Thayngen-Bhf. – Thayngen-Bhf. – Gottmadingen – Buch-Grenze
 55. Schaffhausen-Bhf./Thayngen-Bhf. – Thayngen-Bhf./Singen-Bhf. – Konstanz – Kreuzlingen/Tägerwilen
 56. Schaffhausen-Bhf./Thayngen-Bhf. – Thayngen-Bhf./Singen-Bhf. – Rielasingen – Ramsen

Artikel 2

Diese Vereinbarung tritt am 1. Juni 1981 in Kraft.

Geschehen zu Bonn am 15. April 1981 in zwei Urschriften.

Für den Bundesminister der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
R. Christiansen

Für die Eidgenössische Oberzolldirektion
P. Affolter

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls zur Änderung
der Übereinkunft zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels
und des Übereinkommens zur Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen**

Vom 15. Mai 1981

Das Protokoll vom 12. November 1947 zur Änderung der am 30. September 1921 in Genf geschlossenen Übereinkunft zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels und des am 11. Oktober 1933 in Genf geschlossenen Übereinkommens zur Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen (BGBl. 1972 II S. 1074, 1081) ist für

Kuba am 16. März 1981
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 10. Juli 1975 (BGBl. II S. 1114).

Bonn, den 15. Mai 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls zum Übereinkommen
über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR)**

Vom 15. Mai 1981

Das Protokoll vom 5. Juli 1978 zum Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR) – BGBl. 1980 II S. 721, 733 – wird nach seinem Artikel 4 Abs. 2 für

Österreich am 20. Mai 1981
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 13. November 1980 (BGBl. II S. 1443).

Bonn, den 15. Mai 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
der deutsch-französisch-britisch-niederländischen Vereinbarung
über die Gruppe für Luftfahrtforschung und -technologie in Europa
(GARTEUR)**

Vom 21. Mai 1981

Zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Französischen Republik, der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Regierung des Königreichs der Niederlande ist eine Vereinbarung über die Gruppe für Luftfahrtforschung und -technologie in Europa (GARTEUR) unterzeichnet worden, die nach ihrer Nummer 15

am 6. April 1981

für alle Mitgliedstaaten in Kraft getreten ist. Die Vereinbarung wird nachstehend nebst der Satzung der GARTEUR-Organisation (Nummer 5 der Vereinbarung) veröffentlicht.

Bonn, den 21. Mai 1981

Der Bundesminister
für Forschung und Technologie
Im Auftrag
Loosch

**Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland,
der Regierung der Französischen Republik,
der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland
und der Regierung des Königreichs der Niederlande
über die Gruppe für Luftfahrtforschung und -technologie in Europa
(GARTEUR)**

Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland,
der Regierung der Französischen Republik,
der Regierung des Vereinigten Königreichs
Großbritannien und Nordirland
und
der Regierung des Königreichs der Niederlande
(im folgenden als Mitgliedländer bezeichnet).

Schritt beabsichtigt, nämlich die Förderung, Planung, Koordinierung und Überprüfung gemeinsamer Tätigkeiten auf Gebieten, auf denen eine Zusammenarbeit für alle Seiten nutzbringend ist, über die bereits stattfindende Zusammenarbeit – beispielsweise im Rahmen von AGARD von EUROMECH – hinaus. Daher ergibt sich die Notwendigkeit, die Grundsätze für eine solche Zusammenarbeit bei diesen gemeinsam beschlossenen Tätigkeiten festzulegen; diese Grundsätze werden im folgenden dargestellt.

Vorbemerkung

1. GARTEUR wurde 1973 von Vertretern der für Luftfahrtforschung zuständigen Ministerien in Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich gegründet. Die Niederlande traten 1977 bei. Angesichts der Anforderungen an die europäische Luftfahrtindustrie hat GARTEUR das Ziel, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Luftfahrtforschung und -technologie zwischen den europäischen Ländern mit größeren Forschungs- und Versuchskapazitäten und mit staatlich finanzierten Programmen in diesem Bereich zu stärken.
2. Die Arbeit von GARTEUR begann zunächst mit einem Informationsaustausch und einigen begrenzten Zusammenarbeitsprogrammen; nunmehr ist jedoch der nächste

Organisation und Entscheidungsfindung

3. Die Tätigkeiten von GARTEUR werden im allgemeinen von allen vier Mitgliedländern unterstützt in der Absicht, einen allseitigen ausgewogenen Nutzen zu erzielen. Gelegentlich können die Tätigkeiten von GARTEUR auch von nur zwei oder drei Mitgliedländern durchgeführt werden. Das Bestehen von GARTEUR steht der sonstigen bilateralen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedländern nicht im Wege. GARTEUR kann Beziehungen zu Organisationen von Nichtmitgliedländern und zu internationalen Organisationen aufnehmen.
4. Wichtige Entscheidungen innerhalb von GARTEUR, einschließlich der Beschlüsse über gemeinsame Tätigkeiten, werden von den an der jeweiligen Tätigkeit beteiligten Mitgliedländern einstimmig getroffen.

5. Die GARTEUR-Organisation ist in der Satzung beschrieben, die dieser Vereinbarung beigelegt ist. Diese Satzung kann durch Beschluß der Leiter der nationalen Delegationen in GARTEUR ergänzt oder geändert werden.

Finanzielle Regelung

6. Die Finanzierung der GARTEUR-Tätigkeiten fällt in die Zuständigkeit der Mitgliedländer; ein gemeinsamer Fonds wird nicht eingerichtet.

Sicherheit

7. Verschlusssachen, die im Zusammenhang mit GARTEUR-Tätigkeiten entstehen und ausgetauscht werden, werden bis zu einer Einigung über besondere Sicherheitsbestimmungen für die Zusammenarbeit entsprechend der geltenden Fassung der NATO-Sicherheitsvorschriften – Dokument C-M (55) 15 (Final) – einschließlich aller Anlagen, Änderungen und Ergänzungen übermittelt, aufbewahrt, bearbeitet und geschützt. Über die Einstufung der gemeinsam hervorgebrachten Informationen entscheiden die betreffenden Mitgliedländer.
8. Ausgetauschte Informationen werden vom Empfänger vertraulich behandelt und an nichtbeteiligte Länder, Stellen oder Einzelpersonen nicht ohne die vorherige schriftliche Zustimmung des Urhebers weitergegeben.
9. Gemeinsam hervorgebrachte Informationen werden außerhalb der beteiligten Mitgliedländer nicht ohne deren Zustimmung freigegeben.

Geistiges Eigentum und die Benutzung technischer Informationen

10. Bis zu einer Einigung über besondere Regelungen für den Schutz von geistigem Eigentum und für die Benutzung technischer Informationen im Rahmen der Zusammenarbeit gilt für alle aufgrund dieser Vereinbarung mitgeteilten technischen Informationen, einschließlich der nicht für Verteidigungszwecke bestimmten Informationen, das NATO-Übereinkommen vom 19. Oktober 1970 über die Weitergabe technischer Informationen zu Verteidigungszwecken mit Ausnahme des Artikels IV. Die Freigabe oder der Empfang technischer Informationen durch Vertreter nichtstaatlicher Stellen wird so behandelt, als seien die Informationen von der Regierung des entsprechenden Mitgliedlandes freigegeben oder empfangen worden.

11. Die Lizenzvergabe und Weitergabe von geistigem Eigentum/Rechten an geistigem Eigentum muß von oder in Zusammenarbeit mit dem Inhaber des geistigen Eigentums/der Rechte an geistigem Eigentum vorgenommen werden. Die Mitgliedländer sind nicht berechtigt, über geistiges Eigentum/Rechte an geistigem Eigentum zu verfügen, hinsichtlich deren der Rechtstitel nichtstaatlichen Stellen zusteht, sofern und soweit sie nicht auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage dazu berechtigt sind. Nichtstaatlichen Stellen muß für die Nutzung ihres geistigen Eigentums/ihrer Rechte an geistigem Eigentum angemessener Schutz sowie eine gerechte und angemessene finanzielle oder sonstige Entschädigung zugesichert werden.

Streitigkeiten

12. Da diese Vereinbarung keine völkerrechtlich durchsetzbare Übereinkunft ist, werden Streitigkeiten zwischen den Mitgliedländern über die Auslegung oder Anwendung der Vereinbarung auf dem üblichen Verhandlungsweg beigelegt.

Beitritt und Austritt

13. Der Beitritt eines weiteren Landes muß von allen bisherigen Mitgliedländern gebilligt und in einer Ergänzung zu dieser Vereinbarung niedergelegt werden.
14. Wünscht ein Mitgliedland, aus GARTEUR auszutreten, so notifiziert es dies den anderen Mitgliedländern schriftlich mit einer Frist von einem Jahr. Das ausscheidende Mitgliedland stellt sicher, daß den anderen Mitgliedländern durch seinen Austritt kein Verlust entsteht. Die Absätze 7 bis 12 gelten für ein Mitgliedland auch nach seinem Austritt aus GARTEUR weiter.

Inkrafttreten und Geltungsdauer

15. Diese Vereinbarung tritt am Tag der letzten Unterzeichnung in Kraft. Die Frage ihres Fortbestehens wird alle vier Jahre erneut geprüft.

Verbindlichkeit

16. Diese Vereinbarung wird in vier Urschriften in deutscher, englischer, französischer und niederländischer Sprache unterzeichnet, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung:

der Bundesrepublik Deutschland
Dr. P. Fischer
Ministerialdirektor

am 6. April 1981

der Französischen Republik
H. Martre
Délégué Général pour l'Armement

am 11. Februar 1981

des Vereinigten Königreichs
Großbritannien und Nordirland
W. J. Charnley
Controller of Establishments and Research,
Ministry of Defence, Procurement Executive

am 2. März 1981

des Königreichs der Niederlande
Dr. C. A. Stants
Plv. Directeur-Generaal
van de Rijksluchtvaartdienst

am 27. März 1981

Satzung der Gruppe für Luftfahrtforschung und -technologie in Europa

In dieser Satzung wird die Organisation beschrieben, welche die Vereinbarung über die Gruppe für Luftfahrtforschung und -technologie in Europa (GARTEUR) durchführen soll, die am 6. April 1981 in Kraft getreten ist. Die GARTEUR-Organisation hat folgende Organe:

a) Der Rat

- (1) Der Rat ist das oberste Organ innerhalb von GARTEUR und setzt sich aus den Vertretern der Mitgliedländer, den nationalen Delegationen, zusammen. Diese Ratsmitglieder werden von den entsprechenden Ministerien ernannt und werden aus Ministerien und/oder nationalen Forschungseinrichtungen ausgewählt.
- (2) An der Spitze jeder Delegation steht der von der jeweiligen Regierung ernannte Leiter; jede Delegation hat eine Stimme im Rat, der seine Beschlüsse einstimmig faßt. Beschließt der Rat, daß an einer bestimmten Tätigkeit nicht alle Mitgliedländer mitarbeiten sollen, so werden die entsprechenden Beschlüsse nur von den beteiligten Mitgliedländern einstimmig gefaßt. Der Ratsvorsitz wird jährlich wechselnd von den Delegationsleitern wahrgenommen; Ratssitzungen finden in der Regel mindestens einmal jährlich in dem Land statt, das den Vorsitzenden stellt.
- (3) Der Rat hat unter anderem folgende Aufgaben:
 - i) Er legt Rahmenrichtlinien für alle GARTEUR-Arbeitsprogramme fest.
 - ii) Er setzt eine Anzahl von Responsablengruppen ein, die aus von den entsprechenden Ministerien ernannten Sachverständigen bestehen; er ernennt die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden dieser Gruppen.
 - iii) Er stellt zusammen mit den Responsablengruppen das GARTEUR-Arbeitsprogramm auf und überprüft es, um sicherzustellen, daß es zweckentsprechend durchgeführt wird.
 - iv) Er beschließt, wann die in Abschnitt c beschriebenen Aktionsgruppen eingesetzt werden sollen und wann ihre Arbeit enden soll.
 - v) Er führt jährlich eine eingehendere Überprüfung der Arbeit einer oder mehrerer Responsablengruppen durch, die dem Rat Bericht erstatten.
 - vi) Er überprüft und billigt einen Jahresbericht über die Arbeit des abgelaufenen Jahres.
 - vii) Er beschließt die Politik, die in den Beziehungen zwischen GARTEUR und den Organisationen oder Sachverständigen anderer Länder und internationaler Organisationen zu verfolgen ist.
 - viii) Er ernennt ein Sekretariat und überwacht dessen Arbeit. Dieses Sekretariat wird von jedem Mitgliedland abwechselnd jeweils zwei Jahre gestellt. Es ist dem Ratsvorsitzenden verantwortlich, führt die Protokolle der Ratssitzungen und leistet sonstige vom Rat benötigte Sekretariatsdienste. Im Sekretariat werden vollständige Unterlagen über die Sitzungsprotokolle und die von den verschiedenen GARTEUR-Organen hergestellten Dokumente geführt.

- (4) Der Rat kann einen Teil seiner Befugnisse einem Ausschuß übertragen, der aus mindestens einem Mitglied jeder nationalen Delegation besteht. Der Rat bestimmt einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden dieses Ausschusses.
- (5) Ratsmitglieder können an den Sitzungen der Responsablengruppen, der Aktionsgruppen und des Ausschusses teilnehmen, die vom Rat eingesetzt worden sind.

b) Die Responsablengruppen

- (1) Die Responsablengruppen werden entsprechend den allgemeinen Disziplinen der Luftfahrt (z. B. Aerodynamik, Flugmechanik usw.) und nach anderen, vom Rat festzulegenden Bereichen (z. B. Hubschrauber, bestimmte Versuchsanlagen usw.) eingeteilt. Entscheidend für die Einsetzung einer Responsablengruppe ist die Aussicht auf eine lohnende Zusammenarbeit.
- (2) Jedes Mitgliedland entsendet einen oder zwei Vertreter in jede Responsablengruppe; diese Vertreter werden aus Ministerien, nationalen Forschungseinrichtungen und – nach Konsultation im Rat – gegebenenfalls aus der Wirtschaft ausgewählt. Die Mitglieder der Gruppen sollen an ihrem jeweiligen Arbeitsplatz Führungsaufgaben wahrnehmen.
- (3) Der Vorsitz in den Responsablengruppen wechselt alle zwei Jahre zwischen den in den Gruppen vertretenen Mitgliedländern. Der Vorsitzende wird in der Regel in dem Zeitraum vor seinem Vorsitz die Aufgabe des stellvertretenden Vorsitzenden wahrnehmen. Das Mitgliedland, das den Vorsitzenden stellt, leistet auch Sekretariatsdienste.
- (4) An den Sitzungen der Responsablengruppen können je nach Bedarf zu einzelnen Punkten und nach Zustimmung der Gruppenmitglieder auch Berater aus den einzelnen Ländern teilnehmen.
- (5) Die Responsablengruppen schlagen dem Rat gemeinsame Tätigkeiten auf dem Gebiet der Luftfahrtforschung und -technologie vor, die zur Verwirklichung des Zieles von GARTEUR beitragen, und regen die Einsetzung von Aktionsgruppen zur Durchführung dieser Tätigkeiten an.

c) Die Aktionsgruppen

- (1) Die Aktionsgruppen werden genau festgelegte Aufgaben haben, die innerhalb eines feststehenden Zeitraums zu erfüllen sind. Ihre Aufgaben werden in einem vom Rat zu billigenden Mandat niedergelegt, und jede Aktionsgruppe erstattet der (den) entsprechenden Responsablengruppe(n) in regelmäßigen Abständen Bericht. Die Mitglieder der Aktionsgruppen müssen an ihren jeweiligen nationalen Programmen aktiv beteiligt sein.
- (2) Auf Einladung des Rates können Vertreter von Stellen außerhalb der Mitgliedländer an der Arbeit der Aktionsgruppen teilnehmen.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Bonn.

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 48,- DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,20 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1978 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 3,- DM (2,40 DM zuzüglich 0,60 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,50 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6,5%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 AX · Gebühr bezahlt

Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung

Die 363. Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung, abgeschlossen am 30. April 1981, ist im Bundesanzeiger Nr. 92 vom 19. Mai 1981 erschienen.

Diese Übersicht enthält bei den aufgeführten Gesetzesvorlagen alle wichtigen Daten des Gesetzgebungsablaufs sowie Hinweise auf die Bundestags- und Bundesrats-Drucksachen und auf die sachlich zuständigen Ausschüsse des Bundestages.

Verkündete Gesetze sind nur noch in der der Verkündung folgenden Übersicht enthalten.

Der Bundesanzeiger Nr. 92 vom 19. Mai 1981 kann zum Preis von 2,95 DM (2,35 DM + 0,60 DM Versandkosten einschl. 6,5 % Mehrwertsteuer) gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto „Bundesanzeiger“ Köln 834 00-502 (BLZ 370 100 50) bezogen werden.